

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 34 (1993)  
**Heft:** 25-26

**Artikel:** Schock nach der Schocktherapie  
**Autor:** Bruderer, Georg  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092818>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Georg Bruderer zur Lage nach den Parlamentswahlen in Russland

## Schock nach der Schocktherapie

**Die endgültigen Zahlen über die Parlamentsneuwahlen werden in einigen Tagen bekannt werden, aber die wichtigste Frage, jene nach der politischen Gewichtsverteilung im neuen Parlament, wird erst bei der praktischen Tätigkeit der Legislative definitiv beantwortet werden können.**

Heute sind nur jene Zahlen über die Wählerstimmen und über die Sitzverteilung im Parlament bekannt, die die Parteilistenstimmen, also nur die eine Hälfte der Staatsduma (Unterhaus) betreffen; denn die andere Hälfte der Duma-deputierten wurde ad personam gewählt. Diese Deputierten sind parteilos oder ihre Parteizugehörigkeit ist nicht bekannt. Deren politische Präferenzen können denn auch erst bei Abstimmungen über grundsätzliche politische Entscheide oder über einzelne Sachgeschäfte bestimmt werden.

### Kein Grund zur Panik

Darüber hinaus wurde der etwas kleinere dritte Teil des Parlaments, der Föderationsrat (Oberhaus) mit 178 Deputierten, nicht nach Parteizugehörigkeit gewählt. Die dort einsitzenden je zwei Vertreter der Regionen sind meistens durch ihre praktische Tätigkeit oder Funktion bekannt und in den russischen «Ständerrat» gewählt worden.

Angesichts dieser Sachlage ist es falsch, wegen der überraschend grossen Zahl der Parteilistenstimmen der Partei Schirinowskij von einer Katastrophe zu sprechen und die Situation zu dramatisieren: Die Schockwirkung in Russland und im Westen ist auf den Überraschungseffekt zurückzuführen, weil man bis jetzt die arroganten, chauvinistischen und antisemitischen Äusserungen Schirinowskij nicht ernst genommen hatte.

### Das Phänomen

Über das Phänomen Schirinowskij wird sicher noch viel geschrieben werden. Sicher handelt es sich um einen begabten Propagandisten und um eine starke Führernatur, wichtig ist aber, wie so oft, wozu diese Eigenschaften verwendet werden. Es fällt auf, dass zwischen dem

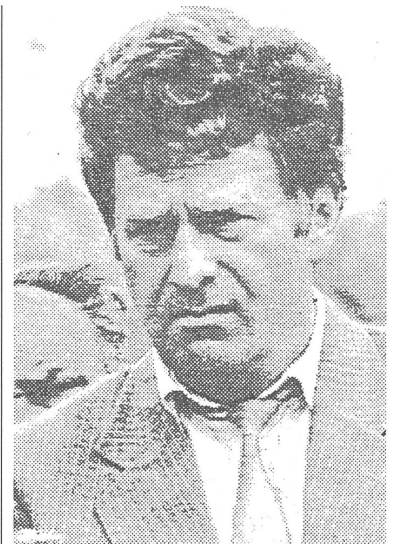
gesprochenen und dem geschriebenen Wort von Schirinowskij in der Form, aber auch im Inhalt ein grosser Unterschied besteht. Während er bei Kundgebungen mit antisemitischen Parolen operiert, fehlen sie in seinen Programmdokumenten, und wenn er mündlich Wodka zum halben Preis verspricht und die wirtschaftliche Situation des Landes in kürzester Zeit verbessern will, ist in seinem Programm die Rede von «Gesundung der Wirtschaft zur Verbesserung des sozialen Schutzes der Bevölkerung», also allgemein gehaltene Äusserungen ohne konkreten Inhalt.

Auf den Zuhörer wirken seine Arroganz und Aggressivität abtossend, während seine Programmdokumente in vielen Fällen den Vorstellungen und Erwartungen der Leser entsprechen. Nach Schirinowskij ist die Idee der Konversion der Rüstungsindustrie falsch, man sollte wieder Waffen produzieren, und aus dem Verkauf der Waffen im Ausland könnte man das Staatsbudget um 30 % verbessern. Obschon die 30 % natürlich nicht stimmen, aber die Perspektive ist verlockend. Weitere 30 % (mit Kleinigkeiten operiert Schirinowskij nicht) des Staatsbudgets verspricht Schirinowskij den Mitbürgern durch den totalen Verzicht auf alle Hilfeleistungen Russlands an andere Länder.

Die meisten Mitbürger haben dabei in Erinnerung, dass sie jahrzehntlang die Klassenbrüder in Äthiopien und Kongo, aber auch die «unterdrückten Werktätigen» in der Schweiz und in den USA unterstützt haben, und denken nicht daran, dass dies mindestens seit dem Augustputsch von 1991, als die Kommunistische Partei ihre Führungsrolle verloren hatte, nicht mehr aktuell ist. Für die versprochene wirtschaftliche Gesundung hat Schirinowskij kein eigentliches Programm, aber er ist für eine langsamere Privatisierung und für das Weiterbestehen der Kolchosen und Sowchosen, weil dies die Versorgung sicherstellen würde. Und der Bürger erinnert sich, dass die Sowchosewurst und das Kolchosebrot viel billiger waren als heute.

Mit halben Wahrheiten und falschen Schuldzuweisungen kann man viel erreichen, besonders, wenn die Menschen

Das Phänomen Wladimir Schirinowskij.



**«Gewonnen haben jene, die nie an der Macht waren, keine Entscheide treffen mussten, nie für etwas verantwortlich waren und mit der Politik nichts zu tun hatten.»**

Alexandr Beljajew, Deputierter des Föderationsrates, Vertreter von St. Petersburg

nach einem Kontrapunkt suchen, weil sie von der kommunistischen Vergangenheit und von den wirtschaftlichen Experimenten der Reformen genug haben. Zudem neigt der Mensch bekanntlich besonders in unsicheren Zeiten dazu, an Heilsversprechungen und Wundertäter zu glauben, der russische Mensch vielleicht mehr als die anderen.

Die Analyse der Parteilistenstimmen zeigt, dass Schirinowskij sehr viele Stimmen im Fernen Osten und im hohen Norden erhalten hat, während sein Stimmenanteil in Moskau und St. Petersburg nur minim ist. Einer der Gründe für diese Tatsache ist darin zu suchen, dass die Menschen in Moskau und St. Petersburg ihn gesehen und gehört haben, mit seinen Ausfällen gegen die Juden und Ausländer, während die anderen nur seine Programmdokumente kennen, die mancher unterschreiben könnte.

Die Informationen, die wir aus Sachalin erhalten, besagen, dass es dort besonders viele Anhänger Schirinowskij gibt, namentlich wegen der grossen Popularität der zweitwichtigsten Person in seiner Partei — Kaschpirowskij, der mit seinen Hypnosevorstellungen im Fernsehen die Leute begeistert und angeblich von Krankheiten heilt.

Fortsetzung Seite 4

Obschon die Schirinowskij-Partei im Gesamtparlament wahrscheinlich nicht die Mehrheit der Sitze haben wird, widmen wir ihr so viel Platz, weil diese Partei als Trend, als neues politisches Faktum für Russland und die Welt eine grosse Gefahr darstellen könnte. Die Ähnlichkeit des Nationalchauvinisten Schirinowskij mit seinen starken faschistischen Zügen mit Hitler und Mussolini ist sehr gross.

## Andere Überraschungen

Mindestens ebenso unerwartet ist das schlechte Abschneiden der Hausmacht Präsident Jelzins, der Partei «Russlands Wahl», mit vielen Ministern und bekannten Persönlichkeiten aus der nächsten Umgebung Jelzins. Auch hier werden die endgültigen Zahlen wohl anders aussehen als heute. Trotzdem ist das Ergebnis als Denkkettel für die Reformer zu verstehen. Es ist offenbar nicht dasselbe, ob man die wirtschaftliche Schocktherapie in Polen durchführt, in einem Land mit einer Nation, einer Konfession und einer Staatsidee, oder in Russland mit einer Vielzahl von Nationalitäten, mit mehreren Konfessionen und sehr verschiedenen Staatsideen. Die Akzeptanz der Wirtschaftspolitik mit ihren Opfern ist dabei sehr verschieden.

Überraschend ist auch die Tatsache, dass die vielgenannte «Bürgerunion» mit Wolskij und den Leitern der Grossbetriebe die 5-Prozent-Limite nicht erreicht hat. Und dabei rechnete man doch mit einer wichtigen Rolle dieser zentristischen, konstruktiv-kritischen Wahlvereinigung. Zu bedauern ist das wahrscheinliche Ausscheiden der Partei des St. Petersburger Bürgermeisters Anatolij Sobtschak — «Bewegung für demokratische Reformen» —, die bis heute die 5-Prozent-Hürde nicht erreicht hat. Wir verzichten aber auf die Veröffentlichung der heute bekannten unvollständigen Wahlergebnisse, weil sie sich noch wesentlich verändern dürften und den Leser nur verwirren würden.

## Das neue Parlament

Unabhängig von der definitiven Sitzverteilung im Parlament — auch wenn die Reformer gegenüber den Nationalpatrioten noch aufholen werden — wird die Zusammensetzung im Blick auf das Verhältnis zur Regierung und zum Präsidenten anders, aber nicht besser sein als im Obersten Sowjet zuvor. Die Reformer um Jelzin werden aus zwei verschiedenen Richtungen und mit verschiedenen Zielen sehr stark unter Druck geraten: von den Kommunisten (gegen Marktwirtschaft, gegen Privateigentum, für die Wiederherstellung der

Sowjetunion und der alten Feindbilder) und von den Nationalisten (gegen Reformen, gegen westlichen Einfluss, für Grossrussland in alten Grenzen einschliesslich Ukraine und baltische Staaten). Es wird wahrscheinlich weniger um ihre Zusammenarbeit gehen als vielmehr um das Zusammenwirken dieser beiden extremen Gruppen gegen die Reformer. Präsident Jelzin wird zwar per Dekret vieles erreichen können — denn das Parlament kann gemäss der neuen Verfassung dessen Dekrete nicht einfach annullieren und ihn absetzen, wie das beim Obersten Sowjet der Fall war —, trotzdem wird er es nicht leicht haben.

Das berühmte Zünglein an der Waage wird nicht, wie früher vermutet, die Bürgerunion spielen, sondern wahrscheinlich die ziemlich starke Vertretung der «Frauen Russlands». Deren politische Ausrichtung ist nicht klar, vermutlich aber sind die aktiven Angehörigen der Frauenbewegung eher konservativ eingestellt, also nicht unbedingt reformfreundlich.

Die Differenzen unter den Reformern und deren Verteilung auf mehrere Parteien und Wahlblöcke hat dieser bisher bedeutenden und entscheidenden Gruppe viele Sitze im Parlament gekostet. Dabei waren die Differenzen in der Zeit vor den Wahlen nicht grundsätzlicher Art. Es waren eher Nuancen und persönliche Ambitionen (Parlamentsmandate). Diese bisher verdrängten sachlichen Unterschiede werden bei den Debatten im Parlament wieder aktuell, und somit sind Konfrontationen auch im Lager der Reformer programmiert.

## Verfassungsreferendum

Die schwache Beteiligung am Referendum (ca. 53 %) und die nicht gerade überwältigende Annahme der Verfassung (ca. 60 %) waren zu erwarten, weil das Interesse allgemein nicht sehr gross und die Zeit (vier Wochen) seit der Veröffentlichung des Verfassungsentwurfes zu kurz war, um den Inhalt zu verarbeiten und auszudiskutieren. Die genannten Zahlen wären sicher noch niedriger, wenn nicht gleichzeitig die Wahlen stattgefunden hätten.

Wir werden später auf den Inhalt der Verfassung noch zurückkommen, weil sie mit Sicherheit zum Hauptangriffspunkt (Kritik, Korrekturvorschläge) der Opposition im Parlament werden wird. Jetzt nur so viel: Mit der neuen Verfassung können Präsident und Regierung ihren Reformkurs nicht sicher, aber etwas leichter fortsetzen. Die Dekrete des Präsidenten können nicht einfach blockiert werden, und somit ist eine Stabilisierung der Lage möglich.



«Alle an die Wahlurnen.»  
«Tausche Hans gegen Heiri.» (Aus der «Iswestija», 2. 12. 1993.)

Das Verhältnis der Subjekte der Föderation, der Regionen, wird sich in der Haltung der Vertreter dieser Regionen im Föderationsrat zeigen. Bis jetzt schien es, dass das Gespenst des Zerfalls der Russischen Föderation zu pessimistisch an die Wand gemalt worden ist. Tatsächlich hätten sich die Regionen um jeden Preis verselbständigen wollen, hätten sie die Gelegenheit dazu im August 1991 benützt, als das Zentrum durch den Putsch stark geschwächt war, sie hätten auch die Gelegenheit dazu im Oktober 1993 wahrgenommen, als das Schicksal der Regierung und der Reformen (heute weiss man das) an einem Faden hing. Schliesslich hätten die Regionen das Referendum und die Wahlen vom 12. Dezember boykottieren können, wie das Tschetschenien und Tatarstan getan haben.

Eine Stabilisierung der Lage ist dank der Annahme der Verfassung möglich.

Da dies nicht passiert ist, kann man annehmen, dass nicht nur Moskau an einer Föderation interessiert ist, sondern dass auch die Regionen ein Zentrum brauchen. Die Gründe sind pragmatischer Natur: Die nach dem Zerfall der Union zerstörten Verbindungen und Bindungen wirtschaftlicher Art können viel besser durch, mit und vom Zentrum sinnvoll wiederhergestellt werden, und die Regionen brauchen sie nicht nur im Transport- und Kommunikationswesen, sondern auch in anderen Bereichen. Ruhig und langweilig ist die politische Entwicklung in Russland jedenfalls nicht. Wie seit Jahrzehnten, wollen wir diese Entwicklung beobachten, analysieren und darüber informieren. ■